

Scharrer, Hans-Eckart

**Article — Digitized Version**  
**Die EU nach der Norderweiterung**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Scharrer, Hans-Eckart (1995) : Die EU nach der Norderweiterung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 75, Iss. 1, pp. 2-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137197>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

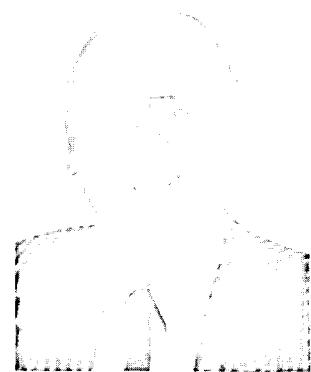
**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Die EU nach der Norderweiterung



Hans-Eckart Scharrer

Seit dem 1. Januar dieses Jahres gehören Österreich, Schweden und Finnland der Europäischen Union an. Die Mitgliederzahl der Gemeinschaft steigt dadurch von zwölf auf 15, ihre Fläche wächst um ein gutes Drittel auf 3,2 Mill. qkm (USA: 9,4 Mill. qkm). Die Bevölkerung nimmt hingegen nur um 6 % auf 370 Mill. (USA: 258 Mill.) zu und das Bruttoinlandsprodukt um 7 % auf 5,9 Billionen ECU (1993; USA: 5,4 Billionen ECU). Auch das durchschnittliche Pro-Kopf-BIP erhöht sich durch die neuen Mitglieder nur um gut 100 ECU auf 15 950 ECU (30 890 DM) und liegt damit weiterhin deutlich hinter dem der USA (20 780 ECU) und vor allem Japans (28 880 ECU) – was auch immer solche Zahlen über Wohlstand und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aussagen. Österreich und Schweden rangieren dabei mit an der Spitze der EU-Einkommensskala. Finnland liegt etwa auf dem Niveau Italiens und Großbritanniens und somit unter dem EU-Durchschnitt.

Mit dem Beitritt zur EU ändert sich im Bereich des industriellen Warenverkehrs nur wenig. Die Neumitglieder, mit ihrer zum Teil hoch entwickelten, innovativen Verarbeitenden Industrie genießen unter dem Freihandelsabkommen zwischen EG und EFTA schon seit 1977 zollfreien Zugang zum EG-Markt; das gleiche gilt umgekehrt für EG-Exporte in diese Länder. Seit einem Jahr sind die drei Länder zudem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), mit dem die Regelungen des Europäischen Binnenmarktes für Güter und Dienstleistungen auf die EFTA-Staaten (außer Schweiz) ausgedehnt wurden. Hier bringt der EU-Beitritt vor allem administrative Vereinfachungen, auch z.B. im Transitverkehr nach Italien.

Die wesentlichen Änderungen liegen indessen auf einer Reihe von anderen Feldern. Die Teilnahme an der Gemeinsamen Agrarpolitik bedeutet für die Neumitglieder den Zwang, Agrarsubventionen abzubauen, mit zum Teil beträchtlichen regionalen Implikationen. Die Einbeziehung in die EG-Regionalpolitik bietet dafür eine gewisse Kompensation: 40 % der österreichischen und sogar 54 % der finnischen Bevölkerung leben im Fördergebiet der Gemeinschaft. Profitieren könnten auch die Verbraucher: Zumindest in Österreich sind einige Lebensmittel nach dem Beitritt deutlich billiger geworden. Arbeitnehmer aus den drei Beitrittsländern benötigen künftig keine Arbeitserlaubnis mehr, wenn sie in der Gemeinschaft eine Beschäftigung aufnehmen. Unternehmen und Freiberufler genießen Niederlassungsfreiheit vom Inari-See bis nach Sizilien, und im Kapitalverkehr fallen die letzten Beschränkungen, die vor allem in den neuen Mitgliedstaaten noch gegolten hatten. Die Teilnahme am EG-Budget bedeutet für Österreich und Schweden eine finanzielle Nettobelastung – für die Gemeinschaft umgekehrt eine Stärkung der finanziellen Basis durch neue Nettozahler –, Finnland gewinnt hingegen durch den Beitritt auch finanziell. Währungspolitisch ändert sich zunächst nichts: Österreich tritt – unter Aufrechterhaltung der engen Bindung des Schilling an die D-Mark – in den Wechselkursmechanismus des EWS ein, Schweden und Finnland werden zwar EWS-Mitglieder, beteiligen sich aber zunächst nicht an der gemeinsamen Wechselkurspolitik.

Mindestens gleichbedeutend mit den „statistischen“ Effekten des Beitritts sind die mittel- und langfristigen „dynamischen“ Effekte für die Neumitglieder und die Gemeinschaft insgesamt. Die Beitrittsländer erhalten mit der Mitgliedschaft eine gesicherte langfristige Perspektive der Teilhabe an dem kontinentalen europäischen Wirtschaftsraum, die sich positiv auf die wirtschaftliche Aktivität auswirken dürfte. Die von Regierung und Wirtschaft erhoffte Zunahme der Exporte, der Investitionstätigkeit (und der Investitionsquote), von Wachstum und Beschäfti-

gung – kritische Themen besonders in Finnland und Schweden, die seit 1991 Beschäftigungseinbrüche von 18% bzw. 13% zu verzeichnen hatten – wird sich freilich mit dem Beitritt nicht von selbst einstellen. Vor allem die beiden skandinavischen Länder sind ökonomisch Randregionen, die im internationalen und europäischen Standortwettbewerb tendenziell benachteiligt sind und diesen Nachteil mit besonderen Anstrengungen wettmachen müssen. Schwedische und finnische Industrieunternehmen sind hoch innovativ – dies garantiert freilich auf die Dauer nicht, daß die Produkte auch im eigenen Land produziert werden. Die hohen Direktinvestitionen skandinavischer Unternehmen im Ausland, und mehr noch die außerordentlich geringen Direktinvestitionen aus dem Ausland, müssen als Warnsignale gelten. Mit kräftigen Abwertungen ihrer Währungen haben Schweden und Finnland in den letzten Jahren ihr hohes Kosteniveau an das Niveau im Zentrum „heruntergeschleust“ und auch versucht, Kostenvorteile zu gewinnen, freilich nur mit vorübergehendem Erfolg. Der Abschied von manchen liebgewordenen sozialen Errungenschaften erscheint auch im Norden unvermeidlich, und die Ankündigung der neuen sozialdemokratischen Regierung in Schweden, das umfassende soziale Netz kräftig zu beschneiden, trägt dem Rechnung.

Die Gemeinschaft darf sich von dem Beitritt eine Stärkung der „weltoffenen“, den internationalen (und innereuropäischen) Wettbewerb bejahenden Fraktion erhoffen. Schon in der Vergangenheit haben sich die Unternehmen dieser Länder dem internationalen Wettbewerb auf dem heimischen und auf dem Weltmarkt aktiv gestellt, und sie haben ihre Dynamik und Innovationskraft nicht zuletzt daraus bezogen. Antidumpingmaßnahmen – bevorzugtes Abschreckungsinstrument der EG gegen überlegene ausländische Wettbewerber –, Selbstbeschränkungsabkommen und handelspolitische Schutzklauseln haben in allen drei Ländern kaum jemals eine Rolle gespielt. Ob die veränderten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Skandinavien an dieser handelspolitischen Grundausrichtung etwas ändern, bleibt zwar noch abzuwarten. Doch sollte die Handelspolitik der Gemeinschaft von den neuen Mitgliedern neue Impulse für Offenheit, weltweite Arbeitsteilung und Wettbewerb erhalten. Das gilt auch im Verhältnis zu Ostmitteleuropa und den Staaten des Baltikums, den natürlichen Nachbarn und Partnern der neuen Mitglieder. Hier hat die Gemeinschaft mit den Europa-Abkommen zwar einen wichtigen Schritt zur gegenseitigen Marktoffnung getan. Die Schutzklauselregelung, die es der Gemeinschaft praktisch erlaubt, bei Marktstörungen nach einer einmonatigen Karenzzeit einseitig Einfuhrbeschränkungen einzuführen, steht der Entwicklung langfristiger Lieferbeziehungen, und damit der Investitionstätigkeit in den Transformationsländern, jedoch im Wege. Ungeklärt, trotz aller Gipfeltreffen, ist auch die Frage der Weiterentwicklung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu dieser Region; die neuen Mitglieder werden als Anwälte dieser Länder auf eine konstruktive Politik drängen, die auch Änderungen im EU-System erforderlich machen wird. Schließlich dürften zumindest Schweden und Österreich als Nettozahler der Umverteilungsmentalität der Gemeinschaft Widerstand entgegensetzen, die in der raschen Expansion der Strukturfonds ihren sichtbaren Niederschlag findet und die als eine Ursache der nachlassenden wirtschaftlichen Dynamik gelten muß.

Auf allen drei Feldern – der Handels-, der Osteuropa- sowie der Umverteilungspolitik – erscheint der Konflikt mit dem „Süden“ der Gemeinschaft vorprogrammiert. Dieser Konflikt muß ausgetragen werden, und es ist zu hoffen, daß auch die Bundesrepublik vor allem in den Handels- und Verteilungsfragen künftig klarer Position bezieht als in der Vergangenheit. Zugleich nimmt die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen – als Klammer zwischen dem Norden und dem Süden und als Motor für die Fortentwicklung der Union – eher weiter zu. Dies sollte freilich nicht dazu führen, daß die Bundesrepublik, wie in der Vergangenheit allzu häufig geschehen, eigene wirtschaftliche Interessen zugunsten harmonischer Beziehungen zu Frankreich zurückstellt. Mit dem veränderten Kräfteverhältnis in der Union sollten auch die Beziehungen zu Großbritannien einen höheren Stellenwert bekommen.

Nach dem Abschluß der Norderweiterungsrounde (wenn auch ohne Norwegen) steht die Europäische Union vor neuen Herausforderungen. Auf der Verhandlungs-Agenda stehen die Maastricht-Folgekonferenz 1996, die Frage der Süderweiterung, die Osterweiterung – und in ihrem Zusammenhang die institutionelle Reform sowie die Reform der Agrar- und Strukturpolitik – und schließlich die schon in vier Jahren anstehende Vertiefung zur Wirtschafts- und Währungsunion. Am Beginn dieser Agenda muß freilich die Diskussion über die künftige geographische, inhaltliche und institutionelle Zielbestimmung der Union stehen. Diese Diskussion hat soeben erst begonnen.